

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei bei Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 6. Dezember 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Interlions-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interlions für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kotau vor dem leeren Kanzlersessel.

Wir schätzen immer noch die Prinzipienfestigkeit und Charakterfestigkeit der bürgerlichen Parteien zu hoch ein. Wie niedrig wir auch unsere Erwartungen herabdrücken, sie werden stets von den Wortführern des patriotisch geeichten deutschen Bürgertums untertroffen.

Der gestrige Bülow-Mass in der „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte den Blockparteien den Stoch vorgehalten: Das Benehmen der Blockredner in der Diensttagssitzung, das Kaufen untereinander wie die Angriffe auf die Regierung, drohe die Fortführung der Blockpolitik unmöglich zu machen; also Ruhe im Block! Sonst... Werden die Patrioten daraufhin wirklich am Donnerstag über den Stoch springen und kuscheln? Das war die Frage des Tages.

Gestern konnte man noch schüchtern Hoffnungen hegen, daß so etwas wie Wahrung der eigenen Würde und der parlamentarischen Rechte von den Leuten versucht werden würde, die noch immer mit der Etikette „liberal“ oder gar „Volkspartei“ im Jolinderhut in der Welt herumlaufen. Der nationalliberalen Partei hatte ein Glücksfall die Gelegenheit in den Schoß geworfen, sich Verdienste um die Sicherung des Rechts der parlamentarischen Kritik an öffentlichen Mißständen zu erwerben. Denn um nichts Geringeres als um die Verstärkung dieser Rechte handelte es sich bei der von Bülow gedeckten Aftade Einens auf Paasche. Eine solche Kritik wie Paasche sie gewagt hatte an einem der schlimmsten Auswüchse des bürokratisch-militaristischen Systems muß für die Zukunft einem Blockpatrioten unmöglich gemacht werden. So etwas Unanständiges treiben zwar die Sozialdemokraten gewohnheitsmäßig, aber wer das Recht haben will, als Musterpatriot in einer Bülowrede belobt zu werden, darf zwar an parlamentarische Rechte denken, oder von ihnen träumen, aber sie betätigen — à done! — das schickt sich nicht!

Wären die Nationalliberalen etwas Besseres als Froschmolluskenbraturen, hätten sie Rückgrat, sie hätten mit einem kräftigen Fluch die Bülowische Zumutung zurückgewiesen. Sie hätten als Männer die Rechte des Reichstages und damit des Volkes gewahrt, möchte darüber der Block in Trümmer gehen, möchte auch Bülow vom Sessel purzeln. Aber sie hatten nicht einmal ein Gefühl für den Schimpf, den ihnen Bülow durch die Zumutung in dem offiziellen Blatt antat. Die Freisinnigen aber bewiesen, daß sie aus dem gleichen Dreck geteilt sind wie jene.

Zu ihren Fraktionsitzungen nach der gestrigen Annull und Fall durchgedrückten Vertagung hatten die sämtlichen Blockparteien beschlossen, sich der bürokratischen Annahmung löblich zu unterwerfen. Einem freisinnigen Blatte war die Gnade vorbehalten, heute morgen das Programm für den Kotau der Blockparteien vor Bülow zu veröffentlichen. Namens der drei Gruppen des Blocks sollte in kurzen Worten der Treuschwur vor dem Landvogt geleistet werden; dann sollte noch der Zentrumsmann Gröber und der Freisinnige Müller-Reinigen zum Wort kommen, dann aber Schluß der Komödie!

Bei Beginn der Sitzung war der Reichstag ziemlich vollzählig beisammen. Auf der Bundesratstrasse drängten sich ein Halbduzend Staatssekretäre und ein Schock Bundesratsmitglieder und Geheimräte. Der Reichskanzlersessel aber war leer und blieb leer. Um die Herabwürdigung der buhstehenden Blockpatrioten recht sinnfällig zu machen, wurde ihnen der Kotau vor dem leeren Reichskanzlersessel zugemutet. Sie erfüllten denn auch alle Erwartungen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung erteilte der Präsident Graf Stolberg, anstatt in der Rednerliste mit Gröber fortzufahren, das Wort Herrn v. Normann. Wer die Figur, die im Reichstag Herr v. Normann genannt wird, gehen, stehen, essen und trinken sieht, könnte glauben, daß er einen wirklichen lebendigen Menschen vor sich hat. Das wäre aber ein großer Irrtum. Wir haben da ein überraschendes Beispiel vor uns, wie weit es die moderne Technik in der Maschinenkonstruktion gebracht hat. Normann ist ein automatisch funktionierendes Grammophon, der von der konservativen Partei zu ihren offiziellen Kundgebungen in Betrieb gesetzt wird. Ein Druck auf den Knopf — wupp! — das Normann-Grammophon schnell in die Höhe, schlägt die Noten zusammen und schnarrt: Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir mit dem Herrn Minister völlig einverstanden sind.

Das Normann-Grammophon ist nur auf eine Rede eingestellt. Diesmal waren indes noch zwei neue Walzen in Vereinschaft gehalten. Die Erklärung des Festhaltens an der Blockpolitik wurde auch namens der Freikonserverativen und Antifemiten abgegeben, womit denn bei dieser feierlichen Gelegenheit offiziell der konservative Spezialblock in Funktion getreten ist.

Die Erklärungen Wassermanns namens der Nationalliberalen und Wiemers für die drei freisinnigen Gruppen waren völlig nach dem Normannschen Leitmotiv gemodelt: Festhalten am Block und Vertrauen zum Reichskanzler! Wassermann konnte aber nicht umhin, auch noch für den Paaschehtritt Ruhe zu tun. Er versicherte, an einen

Bortwurf gegen den Kriegsminister habe Paasche nicht im Traume gedacht. Sein Material würde er aushändigen, da es ihm nur darauf angekommen sei, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Die nationalliberale Partei habe obendrein von je zu dem Kriegsminister ein ganz besonderes Vertrauen gehabt und werde es ihm in treuer Liebe bewahren. Der Sinn dieses Extraopfers vor dem Hüter des Markstempels war die Versicherung, daß Paasche es nie, nie wieder wagen wird, am Militarismus ernsthafte Kritik zu üben; dafür darf er weiter vizepräsidentieren, bestrahlt von der Gnadensonne kanzlerischer Guld.

Von Normann zu Wassermann hatte sich die Heiterkeit der Blockgegner gesteigert. Als aber dann Wiemer gleich seinen Vorgängern den stereotypen Zusatz von der „Wahrung der Grundzüge“ mit seinem falschen Pathos in den Saal hineintrompete, erhob sich ein schallendes Hohngelächter, das die letzten Worte dieses Wortführers des Paaschouli-Freisinns überdönte.

So weit war alles programmäßig verlaufen. Dann kam aber eine Ueberraschung. Man erwartete, daß der Abg. Gröber vom Zentrum, der nunmehr das Wort erhielt, die treffliche Gelegenheit zu einer gründlichen Abrechnung mit den Blockparteien und ihrer unwürdigen Mißachtung der Rechte der Minderheit benutzen würde. Für einen Oppositionsmann ist es ein Gottesgeschenk, in solcher Situation das Wort ergreifen zu können. Was geschah aber? Herr Gröber begnügte sich mit einem Winken über das widersinnigste Pärchen, Konservativ und Liberal, und — setzte sich.

Die Bedeutung dieses verblüffenden Verzichtes aufs Wort in solcher Lage ist nichts weniger als die Abdankung des Zentrums als Oppositionspartei.

Der Hintergedanke, der die schlauen Zentrumsdiplomaten leitet, ist offenbar der: Der Block ist zwar notdürftig wieder zusammengeleimt. Nur auf die Dauer wird alle Herabwürdigung den Liberalen nichts nützen. Sie werden aufgerieben oder beiseite geschoben werden, und dann braucht man das Zentrum. Um uns regierungsfähig zu erhalten, dürfen wir weder die Konservativen noch die Regierung zu sehr reizen. Also schweigen wir schonend!

Der Freisinnige Müller-Reinigen, der nunmehr zum Wort hätte kommen sollen, verzichtete unter diesen günstigen Umständen seinerseits. Nunmehr stand nur noch von der Sozialdemokratie Genosse Vebel und außerdem ein Pole auf der Rednerliste.

Vebel hatte sich das Wort zur Geschäftsordnung geradezu erzwingen müssen, um energisch dagegen zu protestieren, daß die Blockparteien wiederum wie gestern in einem Sonderkonventikel eine Kontingentierung der Redner für die Sitzung beschloffen und in einem liberalen Blatt verkündet hatten. Auf den Vorwurf, daß der Präsident außer der Reihe drei Redner eingeschoben habe, erwiderte Graf Stolberg ungeniert, die Reihenfolge der Redner bestimme er. Formell ist das richtig. Aber diese Dispositionsfreiheit des Präsidenten geht von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß er auch mit solchen Befugnissen nicht Mißbrauch treiben darf zur Vergewaltigung der Minderheit. Graf Stolberg, der bisher sich noch in seiner Geschäftsführung durch eine leidliche Unparteilichkeit vorteilhaft von den beiden liberalen Vizepräsidenten unterschied, hat heute bewiesen, daß er sich zu einem Werkzeug der Vergewaltigung der Rednerfreiheit für die Mehrheit hergibt.

Nunmehr geschah das Unerhörte, daß dem Führer der einzigen Oppositionspartei im Hause, dem Genossen Vebel das Wort in dieser bedeutsamen Situation durch einen Gewaltstreich abgeschnitten wurde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde von den Blockvertretern gestellt, im Handumdrehen unterstützt und angenommen.

Für diese Schamlosigkeit der Blockgesellen gibt es nur eine Erklärung, die überall, wo noch für Recht und Gerechtigkeit Sinn ist, verstanden wird: die Feiglinge wollten der sozialdemokratischen Kritik aus dem Wege gehen.

Singer gab in einigen kurzen Geschäftsordnungsworten der Entrüstung unserer Partei über diese gewaltsame, dem Parlamentarismus hohnsprechende Unterdrückung der Rednerfreiheit Ausdruck, die um so empörender wirkt, da die Sitzung nur eine halbe Stunde gedauert hatte und noch mehrere Stunden für die Diskussion bis zu der üblichen Schlußzeit zur Verfügung gestanden hätten. Aber es hat ja geradezu einen symbolischen Wert, daß diese liberalen Volksvertreter den Befähigungsnachweis für Staatsmännlichkeit bei der Feier der Blockverbrüderung dadurch liefern, daß sie den Parlamentarismus mit Füßen treten.

Und nun der Dank vom Hause Bülow! Die Blockparteien haben, dem Wink des Kanzlers folgend, vor seinem leeren Sessel Kotau gemacht. Man sollte meinen, daß diese Unterwürfigkeit sogenannter Volksvertreter alle Ansprüche eines selbstherrlichen Bürokraten befriedigen müßte! Wie aber lautet die Antwort Bülows? In der offiziellen Scherl-Presse wird folgende Würdigung der Ergebnissversicherungen der Blockparteien veröffentlicht:

„Diese Erklärungen werden dem Reichskanzler alsbald schriftlich zugehen, und er wird sich entschliefen, ob sie ihm für eine erzieherliche Fortführung seiner Politik genügen. Da aber die Blockparteien einmütig und einwandfrei ihr Vertrauen zur Leitung der politischen Geschäfte durch den Fürsten von Bülow ausgedrückt

und betont haben, daß sie die Blockpolitik weiterführen wollen, erscheint es wahrscheinlich, daß der Reichskanzler den Mehrheitsparteien seine Mitarbeit nicht versagen wird.“

Auf die Ergebnissadresse ein Zutritt! Wie lästige Petenten werden Volksvertreter behandelt von dem Haupt des bürokratischen Regierungsrings. So weit ist es gekommen mit dem bürgerlichen Parlamentarismus!

Nun, um so rascher wird die große Masse des Volkes zur Erkenntnis kommen, daß nur die Sozialdemokratie für seine Rechte eintritt überall und jederzeit.

Die Kapitulation des Freisinns!

Die Blockgenossen haben aus neue durch einen feierlichen Rüttelschwur ihrem Vornträger Bülow treue Heeresfolge zugehört. Sie wollen alle die Blockpolitik mitmachen. Die Blockpolitik, diese Politik des konservativen Zweckbewußtseins und der liberalen Selbstbeherrschung, der reaktionären Taten und der liberalen schillernden Phrasen. Der Freisinn hat sich, wie das ja nach den bisherigen Leistungen der Fischbeck, Kopisch, Wiemer und ihrer Getreuen nicht anders zu erwarten war, lässlich unterworfen. Er, der nach Herrn Schrader und Payer im Block und ja bisher schon stets der Leidende Teil war, hat sich „zum Wohle des Vaterlandes“ abermals mit der passiven Masse abgefunden. Er allein hat die Rede bezahlet müssen. In der Konferenz mit den Blockführern ist nach dem „Berl. Tagebl.“ der Zwischenfall Paasche gar nicht einmal erwähnt worden! Nur von der allgemeinen Lage, von den Gegenfragen im Block ist die Rede gewesen. Und es versteht sich am Rande, daß diese Disharmonien doch nur dadurch beseitigt werden können, daß der „entschiedene“ Liberalismus sich noch mehr Bescheidenheit auferlegt, als bisher schon. Erklärt doch die „Deutsche Tages-Zeitung“, daß den rechtsstehenden Politikern aus ihren bisherigen Reden nicht der mindeste Vorwurf gemacht werden könne! Dagegen sei Wassermanns Polemik gegen die Steuerpolitik und erst recht Herrn Paasches Eintreten für direkte Reichssteuern höchst bedenklich, von seinem Vorstoß gegen den Kriegsminister gar nicht zu reden. Da bekanntlich das Agrarierorgan und der agrarische Kanzler seit Geramann in dem intimsten Freundschaftsverhältnis stehen, ist es klar, daß Bülows Drohung mit Blocksperrung oder Demission nichts anderes war, als ein gelungenes Einschüchterungsversuch des Liberalismus!

Die Blockparteien haben zwar erklärt, daß sie für die Blockpolitik eintreten, ohne ihre politischen Prinzipien preiszugeben, allein das klingt beim Freisinn wie der blutigste Hohn! Alles, was die Regierung bis jetzt an Gesetzesvorlagen eingebracht hat, ist geradezu eine Brückierung der freisinnigen Prinzipien! Und zwar nicht nur nach sozialdemokratischer Ansicht, sondern auch nach Ansicht freisinniger Politiker selbst! Daß die Sprachenbestimmung im Vereinsgesetz die Vergewaltigung der fremdsprachigen Volksgenossen und die schwerste Gefährdung der gesellschaftlichen Tätigkeit bedeutet, darüber herrscht nur eine Meinung. Und daß das neue „liberale“ Vereinsgesetz die skandalöse Rechtslosigkeit der ländlichen Arbeiter und des Befindes aufrechterhält, hat gerade auch unter den frisch-Dunderlischen Arbeitern den stärksten Protest hervorgerufen! Ein reaktionärer Schlag gegen das organisierte Proletariat soll auch durch das neue Krankenversicherungsgesetz, das Bethmann-Hollweg ankündigte, geführt werden. Das sind die „Konzeptionen“ an die liberalen Prinzipien! Und trotz dieser Introdution der „liberalen Aera“ hat der Freisinn erneut den Rüttelschwur abgelegt! Er hat sich verpflichtet, künftig noch bescheidener zu sein, noch weniger Kritik zu üben! Nicht nur, daß er die skandalöse agrarische Auswucherung der von der Krise heimgejudeten Volksmassen ohne jeden ernstesten Protest mitmachen soll; er soll auch mitwirken, die Nation durch Bewilligung der neuen Marine- und Kolonialausgaben um viele hunderte Millionen zu belasten, ohne dabei die geringste Gewähr zu erhalten, daß diese Mißentlasten nicht schließlich wieder durch indirekte Steuern auf das Volk abgewälzt werden!

Ueber die Deckung der erforderlichen 250 Millionen jährlicher Mehrausgaben darf künftig nicht mehr gesprochen werden! Nicht einmal die einstweilen ja höchst platonischen Forderungen der Nationalliberalen, eine Reichsvermögenssteuer von minimaler Höhe einzuführen, sind ja nach dem Vorgehen Bülows mehr zulässig! Die erneute feierliche Unterwerfung des Freisinns unter die Blockbedingungen des agrarischen Kanzlers bedeutet so nichts weniger als die vor aller Öffentlichkeit erfolgte schamlose Kapitulation dieser „unentwegten“ Volksmänner vor der agrarischen Reaktion!

Die Preisgabe des Parlaments.

An der Komödie, die heute im Reichstag aufgeführt worden ist, ist vielleicht das merkwürdigste die Tatsache, daß in den bürgerlichen Parteien Deutschlands jedes Gefühl für Würde vollständig erloschen ist. Dies zeigt sich allerdings schon in der Art, wie der Bülowblock entstanden ist. Der Reichskanzler kommandierte den Freisinn einfach zur Majorität, wie man sonst Rekruten zum Rapport kommandiert. Und die Traven schwoften prompt ein. Jetzt befehlt der Reichskanzler plötzlich ein Vertrauensvotum, und gehoriam sieht ein parlamentarischer Führer nach dem andern auf und verliert die angebotene Erklärung. Nationalliberale und Freisinn erklärten gestern indirekte Steuern für unannehmbar. Heute erklären sie auf den Wink Bülows ihr Vertrauen derselben Regierung,

Die direkte Steuern für unannehmbar erklärt hat! Das empfindliche an der Sache ist, daß diesmal der Reichstag der Regierung gegenüber in einer selten starken Position ist. Die Regierung braucht ungefähr 250 Millionen neue Steuern, sie ist daher auf den Reichstag unbedingt angewiesen. Es ist eine Situation, in der der Reichstag, wenn er von seiner Macht Gebrauch machen wollte, der Regierung ohne weiteres vorschreiben könnte nicht nur, welche Art Steuern er gewähren wolle, sondern auch, welche Volkrechte vorher zu bewilligen seien.

Daß die Konservativen eine solche Politik nicht mitmachen, versteht sich ja von selbst. Die Konservativen, deren Geschäfte ja die Regierung besorgt, waren immer Gegner des Parlamentarismus überhaupt, den sie nur notgedrungen akzeptiert haben. Sie sind daher auch Gegner jeder Machterweiterung des Parlaments gewesen. Was soll man aber zu dem Freisinnigen sagen, der diese günstige Gelegenheit, dem Regierungsabsolutismus Zugeständnisse abzurufen, was ja nach seiner Auffassung Zweck der Blokade sein sollte, dazu benützt, um vor diesem Regierungsabsolutismus ganz und gar abzudanken. Der Freisinn frönt das Werk des Betrugs seiner Prinzipien jetzt damit, daß er das Parlament preisgibt, um die Herrschaft des Bülow noch für einige Zeit zu erhalten! Angeblickt ist der Freisinn in die Regierungsmajorität gegangen, um größeren Einfluß auf die Reichspolitik zu erhalten. Er endet damit, daß er den parlamentarischen Einfluß überhaupt aufgibt und sich bedingungslos den Geboten der Regierung fügt! Fürst Bülow erklärt, er wolle keine Kompromisse mehr, und der Liberalismus schweigt, damit die Kommandosysteme der Konservativen allein zu bestehen hat! Die Unstimmigkeiten haben aufgehört, aber ebenso jede Spur von Liberalismus!

Für die politische Entwicklung ist es aber nur von Vorteil, wenn die Blokade sich auflösen kann. Bedeutet sie doch die beste Möglichkeit, der Lüge des deutschen Liberalismus ein Ende zu machen. Je länger der Blok lebt, desto rascher wird der Freisinn sterben. Die völlige Kompromittierung der freisinnigen Führer ist notwendig, um den freisinnigen Wählern endlich die Augen zu öffnen. Die Niederlage, die der Freisinn heute dem Parlament zugefügt hat, ist nur eine Niederlage des bürgerlichen Parlamentarismus. Die völlige Kapitulation des Freisinnigen, seine Preisgabe des Parlaments zeigt nur, wie sehr sich die Herren vor dem Werk ihrer eigenen Macht zu fürchten beginnen. Aber der Regierungsabsolutismus, der heute über das Parlament triumphiert hat, wird dafür sorgen, daß dieser Triumph keine allzu lange Dauer haben wird. Reaktionale Gesetze, neue Belastung des Volkes, Standale im Innern, Mißerfolge nach außen: das ist Anfang und Ende dieser Politik! Je unfähiger die herrschenden Klassen sich erweisen, desto größer wird die Zahl derer, die sich der Sozialdemokratie anschließen, die zur einzigen Partei der Volksoption gegen den Absolutismus geworden ist!

Cauter Antimilitaristen.

Paris, 2. Dezember. (Eig. Ber.)

Die Deputiertenkammer hat gestern mit ungeheurer Mehrheit die Abkürzung der Wehrzeiten und Landwehrübungen von 28 und 18 Tagen auf 21 bzw. 15 und 7 angenommen. Für den Antrag stimmten Abgeordnete aller Parteien: 278 Mitglieder der sozialistischen und bürgerlichen Linken, 64 Mitglieder der Rechten und der nationalistischen Fraktion, 23 Gemäßigte und Progressiven. Dagegen außer den Ministern 51 Radikale, 2 unabhängige Sozialisten, 75 Gemäßigte und Progressiven und 33 Mitglieder der Rechten.

Die bürgerliche Linke hat also die Regierung im Stich gelassen. Auch die Vetoreitung des Kriegsministers, daß der Antrag die Sicherheit der Nation gefährde, verfrucht nicht. Man hat die Melodie eben bei jeder Militärreform gehört, namentlich bei der Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Picquart selbst war früher ein Anhänger der Abkürzung der Wehrübungen, aber er hat sich in diesem Punkte — wie in anderen — zu den Anschauungen der von ihm ehemals so sehr bescholtenen Generalführer „bekehrt“.

Die Annahme des Antrages ist natürlich nicht der Gegnerschaft der bürgerlichen Mehrheit gegen den Militarismus zuzuschreiben, sondern lediglich der Furcht vor der Wählerchose. Die Herren hätten sich einfach nicht mehr vor die Klubbürgerlichen und bürgerlichen Wähler getraut, die noch immer über die Erhöhung der Abgeordnetenmandate wütend sind, und nun durch die Erleichterung der militärischen Pflichten (und das Einrücken zu den Übungen gehört zu den lästigsten und am meisten verhassten) verhöhnt werden sollen. Oder wenigstens durch die offensbare Bemühung der Deputierten in diesem Sinne; denn es ist nicht wahrscheinlich, daß der Senat der Reform zustimmen wird. Gezeichnend ist es übrigens, daß sich auch die Nationalisten wohl gehalten haben, diesmal die „patriotische“ Flagge zu zehren. Liebes verstimmen sie noch ihre Freunde von der Generalität als ihre Wähler.

Der zu erwartende Widerstand des Senats erklärt allerdings nicht, warum die Regierung die gestrige Abstimmung mit solcher Seelenruhe über sich hat ergehen lassen. Es ist sogar geradezu ungeheuerlich, daß sie bei einer Angelegenheit, die nach der Erklärung ihres Sprechers die Sicherheit der Nation betraf, nicht die Vertrauensfrage gestellt hat! Aber freilich, ihre Niederlage war gewiß, und die Herren Clemenceau, Briand usw. haben keine Lust, die Annehmlichkeiten der Ministerschaft um eines lumpigen „Prinzips“ willen aus freiem Entschluß auch nur eine Minute früher aufzugeben.

Die Schicksalsfrage des Ministeriums ist vorläufig also verlagert. Bleibt die Mehrheit des Senats der Reform feindlich, so kommt es wohl zu einem Konflikt zwischen den beiden Kammern, da die bürgerlichen Deputierten nicht leicht zurück können. Man hätte dann wohl an eine Auflösung der Kammer zu denken, und in der Tat rufen manche Reaktionen nach einem „Akt der Energie“. Die Regierung dürfte indessen nicht darauf rechnen, eine andere gesinnte Mehrheit ins Palais Bourbon zu bekommen. Findet sich aber der Senat mit dem Beschluß der Deputiertenkammer ab, so ist die moralische Autorität der Regierung so geschwächt, daß der erste Windstoß das Ministerium weglegen muß.

Marokko.

Gerüchte.

Ein Telegramm der Deutschen Kabellegraphengesellschaft aus Tanger meldet:

„Nach einer marokkanischen Quelle wurde von den Rif-Fahnen der heilige Krieg erklärt. Sie haben sich mit dem Mogl verbündet, ebenso wie die ausländischen Stämme in der Umgegend von Casablanca mit den Anhängern Muley Hafid.“

Dem Pariser „Temps“ wird aus Tanger telegraphiert: „Die Nachrichten über die Kämpfe an der algerisch-marokkanischen Grenze und über die Niederlage, die der Schaugh-Stamm der Wahalla des Moghzen erlitten hat, haben auf die Eingeborenen einen bedenklichen Eindruck gemacht. Diese sind überzeugt, daß die Franzosen genötigt gewesen seien, Wadscha zu räumen, und daß ganz Süd-Dran bedroht sei. Man macht sich auf schlimme Nachrichten aus Casablanca gefaßt.“

Die Franzosen verstärken ihre Streitkräfte.

Aus Lalla Marnia wird als Gerücht telegraphiert, daß in der Nacht zum 5. Dezember das Lager von Martindreh von den Karoffanern angegriffen worden sei. Es habe sich ein heftiger Kampf entsponnen, in dem auf französischer Seite 15 Mann getötet oder verwundet worden seien. Andererseits meldet der Spezialberichterstatter des „Matin“, daß einige Abteilungen der Beni Snassen an den General Spauthey die Anfrage gerichtet hätten, unter welchen Bedingungen ihre Unterwerfung angenommen werden würde. Es sei ihnen geantwortet worden, daß von Bedingungen keine Rede sein könne, und daß der ganze Beni Snassen-Stamm sich bedingungslos unterwerfen müsse. Mehrere Führer der Beni Snassen wollen angeblich nach Wadscha kommen, um dem General Spauthey ihre Absicht kundzugeben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Dezember 1907.

Die Vertagung des Wahlrechtsantrages.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet heute bei nur schwacher Besetzung der offenbar schon nach den Weihnachtsferien begierigen Abgeordneten den Entwurf eines Quellschutzgesetzes, das die Regierung dem Landtage in der im Vorjahre vom Herrenhause beschlossenen Fassung wieder vorgelegt hatte. Das Gesetz will die natürlichen und künstlichen Thermalquellen durch das Verbot von Bohrungen in einem noch näher zu bestimmenden umliegenden Schutzgebiet und andererseits gegen mißbräuchliche Benützung durch die Eigentümer mit Hilfe eines Enteignungsverfahrens schützen. Dieses Enteignungsverfahren, das in der Vorlage ziemlich willkürlich geordnet ist, fand bei den Freisinnigen und den Nationalliberalen Widerpruch, denen der Begriff des öffentlichen Interesses nicht scharf genug erschien — die Spuren des antipolitischen Enteignungsgesetzes schrecken — und die wenigstens für die Festsetzung der Entschädigung ein Verwaltungsstreitverfahren forderten. Das Gesetz ging schließlich an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Es folgte die Beratung eines Antrages der Nationalliberalen auf Schaffung eines einheitlichen Beamtenrechts für Preußen. Wie im Reiche sollen auch in Preußen die Disziplinarverhältnisse, die Pensionen und das Ausruhen in höhere Gehaltsklassen nach einheitlichen Grundfahnen geordnet werden. Eine spezielle Förderung der Antragsteller war dabei die Forderung eines Wiederaufnahmeverfahrens für die zu Unrecht in Disziplinarwege entlassenen Beamten. Der Antrag fand gegen die Stimmen der Konservativen, die in ihrer übertriebenen Vorstellung von Beamtendisziplin den Beamten jede Rechtsicherheit verweigern wollen, Annahme.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein erneuter Vorstoß der Konservativen gegen die Warensteuer, die sie mit Hilfe einer ungeheuerlichen Umsatzsteuer erdroffeln wollen. Man schob diesen nun schon langweilig gewordenen Antrag in die Handelskommission ab.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Aber die Freisinnigen fühlten sich doch endlich demogen, einmal an den Präsidenten die bescheidene Frage nach dem Schicksal ihres Wahlrechtsantrages zu richten. Die Antwort des Präsidenten gab die bereits bekannte Meldung wieder, daß die Regierung in den 60 Jahren des bestehenden Dreiklassen-Wahlrechts noch keine Zeit gefunden habe, einen Standpunkt zu seiner Reform zu finden, aber bis Weihnachten genügend Budget in sich aufgenommen haben würde, um den Fehlbetrag der Wahlreform zu waschen, ohne ihn noch zu machen. Die Freisinnigen erklärten sich auch ohne Widerstreben damit einverstanden, die Wahlrechtsfrage, die ihnen ja nicht so wichtig ist, bis nach den Weihnachtsferien ruhen zu lassen, zumal der Präsident meinte, daß jetzt für diese Frage der Grundrechte des preussischen Volks unter den Widertänzen des Dreiklassenparlamentes doch kein genügendes Interesse mehr zu erwecken wäre, um ein halbwegs anständig besetztes Haus zusammenzubringen. Sie bekämen dafür von der Rechten die Erlaubnis, in der ersten Sitzung nach Neujahr ihre Zunderwasserreden gegen das Junkerregiment in Preußen vom Stapel zu lassen.

Das Abgeordnetenhaus macht Pause bis zum nächsten Mittwoch, wo das Polizeikostengesetz auf der Tagesordnung steht.

Eine Erklärung Rheinbadens.

Gegenüber den Gerüchten, die von einer Demission des Finanzministers wissen wollen, erklärte Herr v. Rheinbaben selbst nach der „Magdeburger Zeitung“, daß er keinen Anlaß habe, auf sein Amt zu verzichten, da er sich in seinen finanzpolitischen Auffassungen im Einklang mit sämtlichen verbündeten Regierungen und mit der Mehrheit des Reichstages befinde. Unter dieser Mehrheit, so fügt das Magdeburger Blatt hinzu, kann allerdings nicht die sogenannte Blokdemokratie verstanden werden, doch ist nicht in Abrede zu stellen, daß auch innerhalb des Bloks vorderhand das Programm der direkten Reichssteuern nicht die Mehrheit besitzt.

Politischer Karneval.

Nicht nur für die Blokparteien scheint, den lächerlichen Erklärungen der Normann, Wasserhann und Memer noch zu schließen, die Karnevalszeit bereits begonnen zu haben, sondern auch für das Reichskanzleramt. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ bringt nämlich an der Spitze ihrer letzten Nummer folgende Probe des reichskanzlerischen unfreiwilligen Humors:

In ihrer Feindschaft gegen den Reichskanzler ist die „Allg. Volkszeitung“ seit einiger Zeit bemüht, glauben zu machen, daß zwischen dem Fürsten von Bülow und den militärischen Intransigenten Gegensätze beständen. Ein neues Beispiel hierfür enthält das Blatt in seiner heutigen Ausgabe. Es heißt daselbst in einem Berliner Telegramm:

Falsch ist, wenn man glaubt wollte, daß Paasches Rede Bülow unangenehm gewesen sei. Im Gegenteil, Paasche hatte am Abend vor seiner Rede eine längere Unterredung mit Bülow gehabt, und es ist doch wohl anzunehmen, daß das längere Gespräch sich mit Paasches Rede beschäftigt hat. Man wird also nicht fehlgehen mit der Annahme, daß zwar nicht Herr v. Einem, wohl aber Bülow über Paasches nachlässige Rede genau unterrichtet war.

Wir können erklären, daß diese Angaben genau so haltlos sind wie die übrigen Behauptungen des Blattes über Differenzen zwischen dem Reichskanzler und dem Kriegsminister.

Dieser Verhöhnung nach ist also dem Reichskanzler die Rede Paasches nicht unangenehm, sondern recht „unangenehm“ gewesen. Zweifellos eine höchst wichtige staatsmännliche Feststellung. Vielleicht richtet das offizielle Blatt eine besondere Kritik mit dem Titel „Reichskanzler-Gefühle“ ein.

Freisinnige Kaufmänner.

Im Hinblick auf die Vertrauenserklärung, die der typische Vertreter des „entschiedenen“ Freisinnigen, der dauernd den Reichstag mit einem freisinnigen Bezirksverein verwechselnde große „Staatsmann“ Herr Dr. Wiemer, am Donnerstag dem Reichskanzler gegeben hat, dürfte es angebracht sein, an eine Aeußerung desselben Herrn zu erinnern, die noch gar nicht so lange zurück liegt. Es war am 16. Januar 1905, als Herr Wiemer seine Staatsrede im Abgeordnetenhaus mit folgenden Worten schloß:

Meine Herren, der Herr Ministerpräsident hat aufgefordert, Vertrauen zur Regierung zu haben, daß sie die Interessen des Landes wahren werde. Ich bedauere, für meine politischen Freunde erklären zu müssen, daß wir dieses Vertrauen nicht haben. Wir können nicht leben auf gefällige Worte, sondern auf die Taten der Regierung, und Herr Graf Bülow wird sich nicht wundern, daß nach den Taten der Regierung der entschiedene Liberalismus in Stadt und Land diese innere Politik nicht billigt, sondern bekämpft in der Ueberzeugung, daß die Signatur einer gesunden Politik die Wohlfahrt aller sein muß. (Lebhafte Beifall bei der freisinnigen Volkspartei.)

Man vergleiche mit diesem wörtlich dem stenographischen Bericht entnommenen Ausspruch seine letzte Erklärung, und man wird auch ohne Kommentar wissen, was man von Herrn Wiemer und seinen Freunden zu halten hat. Eben noch die Vertreter der schärfsten Opposition, werfen sie sich zu Befürwortern der Regierung auf, und das, obwohl die Regierung ihnen auch nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht hat. Auch bis heute hat die Regierung nur „gefällige Worte“ für den Freisinn übrig, an „Taten“ hat sie es noch immer fehlen lassen. Trotzdem diese Wandlung in den Anschauungen des „entschiedenen“ Liberalismus! Fürwahr, das Nordseebad Nordenerney übt eine wunderbare Wirkung aus, es beruhigt nicht nur die erregten Nerven, sondern spült auch Gesinnungen und Ueberzeugungen hinweg, besonders wenn sie nicht allzu tief wurzeln!

Und solche Stippstapfen ist zur Gesetzesmacherei im Reich und Staat berufen und hat den traurigen Mut, von der Wohlfahrt aller zu reden! —

Preussische Eisenbahnpolitik.

Die in dem preussischen Etat vorgesehenen Beiträge für die Ausrüstung und den Ausbau der preussischen Staatsbahnen übersteigen einschließlich derjenigen Summen, die in der angeführten Eisenbahnbilanz enthalten sind, die Ziffern des Vorjahres um 20 Millionen Mark. In dem Budget der Eisenbahnverwaltung sind nämlich 300 Millionen für den Bedarf von Oberbaumaterial und Fahrbetriebsmitteln bestimmt (gegen 280 Millionen im vorigen Jahre). Die zur Anschaffung vorgesehenen Fahrbetriebsmittel umfassen etwa 1000 Lokomotiven und 17 000 bis 18 000 Waggons. Von den Lokomotiven dürften 400 Stück bereits im Dezember zur Vergebung gelangen. Zu diesen Erfordernissen tritt dann noch ein Extraordinarium. Die preussische Eisenbahnverwaltung setzt demnach ihre Investitionspolitik, wie sie seit Jahren beobachtet, fort — ohne daß es ihr jedoch gelänge, die Klagen der Industrie über den Waggomangel, der insbesondere in den Zeiten der Hochkonjunktur sehr lebhaft war, bestimmen zu machen. Ganz zu geschweigen von einer Aufbesserung der Bezüge des Personals. Wo die Sozialpolitik Trumpf ist, müssen Industrie- und Sozialpolitik schweigen.

Dabei werfen die Bahnen steigende Ertragsnachte ab. So war der Ueberschuß derselben nach Verzinsung der Eisenbahnschuld im Jahre 1906 um mehr als 62 Millionen Mark größer als im Vorjahre, und er wäre noch größer gewesen, wenn die Verkehrseinrichtungen den Anforderungen des Güterverkehrs besser entsprechen würden. Fast alle Handelskammerberichte pro 1906 nennen unter den Hemmungen und Störungen der geschäftlichen Entwicklung mit an erster Stelle die ungenügende Befüllung von Güterwaggons.

Dazu kommt die ungünstige Wirkung der im Mai 1906 eingeführten Fahrkartensteuer. Schon in den Monaten August und September (1906) zeigte sich eine Verschärfung des Verkehrs in die unteren Wagenklassen, und während der letzten Monate wurde die erste Klasse um 8,3 Proz. weniger benutzt als im Jahre 1905, während nach der Verkehrsentwicklung eine Zunahme von 6 Proz. zu erwarten war. Insgesamt ist also im letzten Quartal 1906 ein Ausfall von rund 16 Proz. zu verzeichnen. In der zweiten Wagenklasse ist während derselben Zeit nur ein Mehr von 1,7 Proz. erzielt worden, während 7,5 Proz. zu erwarten waren; in der dritten Klasse nur ein Plus von 3,3 Proz., während 8,1 Proz. erwartet wurden. Nur in der vierten Klasse ergab sich ein Mehr von 9,3 Proz. Kurz, die Entschärfung des preussischen Eisenbahnverkehrs ist eine große, und der einzige Effekt ist die Unzufriedenheit der Verkehrsinteressenten. Die allmächtige Bureaucratie will nicht begreifen, daß man die Henne, welche goldene Eier legt, auch gut füttern muß. Die bisherige Alimentierung genügt nicht.

Hamburgische Staatsorgen.

In der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom Mittwochabend kam es bei der Beratung des Staatsbudgets für 1908, das mit 159 Millionen Mark abschließt, zu einer umfangreichen Debatte, in welcher der teure Reichstag in allen Zweigen der Verwaltung kein Loblied gesungen wurde. Auch einige bürgerliche Abgeordnete stellten recht trübe Betrachtungen an, die der Senatskommissioner Dr. Mönkeberg, der mittelste, daß ein besonderes hamburgisches Erbschaftssteuergesetz demnächst dem Haupte zugehen werde, nach Möglichkeit zu entkräften suchte. Genosse Stolten hielt eine großzügige Rede, in welcher er auch die Finanzwirtschaft des Reiches behandelte, soweit die Einzelstaaten davon in Mitleidenschaft gezogen werden. Sollten die ungedeckten Ratifikationsbeiträge gedeckt werden, so müßte Hamburg einen Beitrag von 15 Millionen Mark beisteuern, was ein schönes Loch im Hamburger Staatsbudget verursachen würde. Während die oberen und mittleren Beamten nennenswerte Gehaltszulagen erhalten hätten, seien die Arbeiter sehr schlecht bedacht worden, obwohl gerade die Leertung gerade ihre Lebenshaltung wesentlich verschlechtert habe.

Nicht allein Genosse Stolten, sondern auch bürgerliche Abgeordnete beklagten das Beamtenlohn im Verhältnis zur Bevölkerung als viel zu hoch. Bei der Reorganisation werden viele Staatsarbeiter für private Zwecke der Beamten verwendet, sogar zum Stiefelputzen, Fensterputzen und Rinderwarten, sagte Dr. Bülow von den Vereinigten Liberalen. Ein anderer bürgerlicher Abgeordneter wies auf den „Ernst der Zeit“ hin, auf die Fallissements angesehener Häuser und auf die traurige Verfassung des Hypothekenschatzes. Deshalb solle man bescheidenere Wirtschaften und nicht glauben, der letzte Groschen müsse unbedingt verpulvert werden. Diesem „Parasiten“ Herrn wurde jedoch vorgehalten, daß er vor gar nicht langer Zeit für eine äußerst unproduktive Sache, nämlich für den Wiederaufbau der einschüchternden großen Michaelskirche drei Millionen Mark bewilligt hatte aus Staatsmitteln, obwohl in Hamburg Staat und Kirche getrennt sind.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1939. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Versammlung der Bauanschläger

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Bauaufsicht. 2. Verbands- und Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Brunnen-Theater, Bodestraße 58:

Branchen-Versammlung

aller in den Wirlereien Berlins und Umgegend beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Genossin Ida Ullmann über: „Es ist nicht gut, daß der Mensch allein ist.“ 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Sommerfest. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sind alle Berufs-Kollegen u. Kolleginnen verpflichtet, pünktlich und zahlreich zu erscheinen!
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

1917 Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin.

(G. S. Nr. 89.)

Sonabend, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstr. 15:

Versammlung
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn M. Schütte: „Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein.“ 2. Unterhaltungs-Gesang. 3. Ausgabe der Billets zum Weihnachtsbesuch am 1. Feiertag in Kleins Gärten.
1917 Der Vorstand.

Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Tele: Amt 4, 4493. Verbandsbureau: Engel-Ufer 15, Tel.: Amt 4, 4493.

Sektion der Töpferträger.

Montag, den 9. Dezember 1907, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstraße 57:

Ordentl. Mitglieder-Versammlung.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist unbedingt notwendig.
Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer!

Sonntag, 8. Dezember, vorm. 10 Uhr, in Boekers Lokal, Weberstr. 17:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Robert Ahrens über: „Unfallversicherungsgesetzgebung.“ 2. Mitteilung des Schiedspruches über den Tarif. Ausgabe derselben. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Bezirksversammlungen finden Sonntag, den 15. Dezember, statt. Die Unterstützung des Streikfonds wird in der Branchenversammlung geprüft.


Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. - Zahlstelle Berlin.

Montag, den 9. Dezember 1907, bei Boeker, Weberstr. 17:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Fortsetzung der letzten Versammlung.
Es ist Pflicht, daß jedes Mitglied erscheint.
Die Ortsverwaltung. N. N.: Paul Wolkisch.

78/11



Leipzigerstr.

Bleyle's

gestrickte

Knaben-Anzüge

Illustr. Katalog gratis und franko

Arnold Müller

Kaufhaus für Kinderbekleidung
Leipzigerstr. 95 Ecke Charlottenstrasse

6. Wahlkreis. (Schönhauser Vorstadt.)

Sonntag, den 8. Dezember, abends 6 Uhr, in den „Verolinsälen“ (gr. Saal), Schönhauser Allee 28:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Hans Weber über: „Der wirtschaftliche Kampf und die Frauen.“
2. Diskussion.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.
Zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen erwünscht.
Die Abteilungsleiter.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. - Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer! Achtung!

Sonntag, den 8. Dezember 1907, vormittags 10 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (gr. Saal). Zug: Gebr. Wielig.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über Rechtschuttsachen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. - Ohne dasselbe kein Zutritt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand. N. N.: Ernst Schulze.

1937



Deutsche Nord-Ostsee-Fischhallen
Joh. Skorozyk

Special-Großhandlung und Versand für
Nordsee-, Ostsee- u. Süßwasser-Fische
Lachs, Hummer, Krabbe, Kaviar, Austern, Muscheln o.c.
Alle Arten gewäss. u. marinierte Fische. - Tägl. frische Zubeh.

Schönhauser Allee 144 Ecke Eberwälderstr.
Badstrasse 67 Ecke Hochstr.

Schellfisch 20-45 Pf. Kabliau Pfd. 28 Pf.
In allen Größen Pfd. im Ausschnitt 35 Pf.

Bratschollen Pfd. 25 Pf. Alle anderen Seefische und Flussfische billigst.
3 Pfund 65 Pf.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 8. Dezember 1907, nachmittags 4 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Finke-Kommission und Wahl des besoldeten Lokalbeamten. 2. Anträge. 3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Wahl der Revisoren. 5. Wahl der Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 6. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung nach Köln a. Rhein. 7. Beratung der Anträge nach Köln a. Rhein.

Der wichtigen Tagesordnung halber wird ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

151/8

Gottlieb Weiss

Schöneberg Hauptstr. 151. Spezial-Haus größten Umfangs.



Paletots und Ulster.

Ungemein vielseitige Auswahl.
Entzückende Muster.
Neuzeitige Schnittformen.

50, 45, 40, 35, 30,
27, 24, 20, 18,
15 Mark.

Erstklassige Maßanfertigung.
Ersatz oder Umtausch, falls sich meine Waren nicht bewähren.

Hunderte schriftl. Anerkennungen zu jedermanns Einsicht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubendreher

Robert Ahrendt

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rigsdorfer Gemeindekirchhofes in Rigdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Johann Draba

gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
161/8 Die Ortsverwaltung.

161/8

Allen Verwandten, Parteigenossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 3. Dezember plötzlich meine innigstgeliebte Frau

Johanna Heinike

geb. Zimmermann verstorben ist.

Um stille Beileid bitte

Franz Heinike.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Legele Friedhofes, Hermannstr. 11, aus statt.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Tochter und sehr liebes, aber schwerem Krankenlager im blühenden Alter gestorben ist.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Giesemann-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um stille Beileid bitte

Die trauernden Hinterbliebenen

N. Neubaus, Kamille Heilmann.

Steppenden

preiswert, direkt in der Fabrik, nur 72, Wallstr. 72.

wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. Verwardt Strömmandel, Berlin S. 14. Muster-Katalog gratis. Sonntags vor Weihnachten geöffnet.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis

(Frankfurter Viertel). Bezirk 390.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse, der Möbelpolierer

Albert Weitzenegger

gestorben ist. 264/13

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Dezember, mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshagen aus nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichshagen statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

1937

Albert Weitzenegger.

Durch seine Charaktereigenschaften sowie seine treuen Dienste hat er sich die Liebe und Achtung aller erworben. 264/16

Wir werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren!
Berlin, im Dezember 1907.

Chef und Personal der Firma Spandow & Co.

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer.

Am 2. d. Mts. nach unser lieber Freund und langjähriger Vorstandskollege, der Möbelpolierer

Albert Weitzenegger

im Alter von 55 Jahren an Magenkrebs.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Dezember, mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshagen aus nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichshagen statt.

270/20 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Möbelpolierer

Albert Weitzenegger

am 3. Dezember verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Dezember, nachmittags 1 Uhr, vom Krankenhauses Friedrichshagen aus nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichshagen statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

99/1

Sozialdemokrat. Wahlverein für Köpenick.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Genosse

Eduard Bolz

Maurer, im Alter von 81 Jahren am Mittwoch verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Jägerstraße 2, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

7/9

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Adler

Friedrich Balz

am 4. Dezember gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Giesemann-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

161/8

Zentral-Verband der Steinsetzer (Pflasterer) und Berufsgenossen Deutschlands

Stille Groß-Berlin I.

Am Sonntag, den 2. Dezember, abends um 8 Uhr

Paul Klatte

im Alter von 43 Jahren.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Giesemann-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

171/14

Aus der Frauenbewegung.

Gesellschaft und Frauenkongress.

Den Bericht vom preussischen Parteitag und der Frauenkongress...

die jetzigen Dienstmädchen... die ihre Kinder im Sinne des Sozialismus erziehen wollen.

Kein Fatalismus, sondern Kampflust.

Zu dem Artikel „Ernährungsfragen“ in Nr. 281 des „Vorwärts“...

Es wird da der schädliche Einfluss des Alkohols und der kalten Küche im Arbeiterhaushalt hervorgehoben.

Es gibt allerdings Menschen, die sich selbst etwas in die Tasche schieben...

Leider gibt es Männer, die von den Haushaltsfragen keine Ahnung haben...

Seele, verdorren, erbittert, ohne zu wissen, wie sie sich aus der Misere befreien können...

Der die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten zehn Jahre verfolgt hat...

Veranstaltungen - Veranstaltungen.

- Berlin, Dienstag, den 10. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus...

Verfammlungen.

Genosse Krenz sendet uns zu dem Bericht über die Versammlung im 1. Wahlkreis eine Erklärung...

Orts-Strafentasse

Zigarren- und Zigarettenmacher zu Berlin. 1. Kostenbeleg zum Bureau...

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Touren Sonntag, den 8. Dezember: 1. Abt. 1 Uhr: Kirchbrunnbogen...

Gonabend, 7. Dezember 1907. Bei A. Secker, Referent: 17. Großes Strandfest am Familienbad Wannsee.

BIAL & FREUND Gegründet 1864 Breslau 2



Grammophone

und andere preiswürdige Platten-Sprechapparate. Bestell-Nr. 60. Gehäus hochpol. Eisenholz...

Violinen

nach allen Meister-Modellen. Franzosen, Celli u. Gitarren, Mandolin in reicher Wahl...

Weihnachts-Modelle

Als zu Festgeschenken besonders geeignet, empfehlen wir unsere erstklassigen Musikwerke...

Teilzahlungen

Überall hin verwenden. Unsere tageweise Zahlungsweise, deren Beliebtheit mehr als 200 000 Kunden aus allen Gesellschaftskreisen beweisen...

Zithern aller Systeme

Phonographen, Operngläser, Felostecker, photographische Apparate, Jagdgewehre, Bücher, Bilder etc.



Musikwerke

Beliebteste Instrumente mit Stahlstimmen und runden Stahlnoten. Im Gebrauch unverwundlich.

Christbaum-Untersatz

Tragkraft 25 kg, selbstspielend u. selbsttätig, 2 Weihnachtslieder spielend.

* Die Höhe der Anzahlung steht im Beibehalten des Kaufers...

